

Rede von Herrn Jean-Claude Juncker, amtierender Präsident des EU-Rates zur
Vorstellung des Präsidentschaftsprogramms

(12.01.2005, Europäisches Parlament, Straßburg)

Herr Präsident,

Meine Damen und Herren Abgeordnete,

Herr Präsident der Kommission,

Meine Damen und Herren,

Es ist für mich stets eine große Freude, nach Straßburg zu kommen, der europäischen Stadt *par excellence* den Ort, an dem sich so viele europäische Bestrebungen kreuzen, Symbol der französisch-deutschen Aussöhnung, Knotenpunkt so vieler kontinentaler Träume. Zur Freude kommt heute die Ehre hinzu, die Ehre, dem europäischen Parlament, der gewählten Vertretung der europäischen Völker, die Prioritäten des luxemburgischen Vorsitzes der Europäischen Union vorzustellen.

Der luxemburgische Vorsitz folgt dem unserer niederländischen Freunde. Es liegt mir am Herzen, seine Arbeit zu würdigen, seine Hartnäckigkeit, seine unbestreitbaren Erfolge. Die Europäische Union hat unter niederländischem Vorsitz bedeutende Fortschritte gemacht. Wenn der 11. luxemburgische Vorsitz, der gerade begonnen hat, zu Ende gehen wird, hoffe ich, von diesem dasselbe sagen zu können.

Die Erfahrungen, die wir während unserer vorherigen Präsidentschaften gemacht haben, können sicherlich nützlich und wertvoll sein. Wenn die Präsidentschaften auch aufeinander folgen, so gleichen sie sich dennoch nicht. Als ich 1985 dem Ministerrat vorstand, zählten die europäischen Gemeinschaften zehn Mitgliedsstaaten, als ich ihn 1991 leitete, saßen zwölf Minister am Tisch, als ich 1997 die Präsidentschaft übernommen hatte, waren wir fünfzehn und heute sind wir 25 Mitgliedsstaaten. In 20 Jahren hat sich die Zahl der Mitgliedsstaaten mehr als verdoppelt. Natürlich ist das Entscheidungsverfahren komplizierter geworden. Doch welche Freude ist es, welches Glück, zu sehen, dass die Europäische Union heute zu ihren Mitgliedern die

Länder Mittel- und Osteuropas zählt, die ein unheilvolles Dekret der Geschichte für immer von uns entfernen wollte!

Die Erfahrungen unserer respektiven Präsidentschaften und die Beobachtung der aufeinander folgenden Präsidentschaften der anderen haben mich zwei Lehren ziehen lassen:

- Zunächst einmal kommt die Europäische Union nur voran, wenn diejenigen, die deren Vorsitz innehaben, ihre nationalen Interessen nicht mehr in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellen, sondern an deren Stelle das allgemeine Interesse setzen, das die beste Definition des allgemeinen Interesses ist;
- Und die Europäische Union wird nur zu ihrer wirklichen Kohärenz oder sogar zu ihrer Harmonie gelangen, wenn wir alle in ihrem Geist und buchstabengetreu die Gemeinschaftsmethode und das institutionelle Dreiecks-Gleichgewicht anerkennen.

Die Kommission ist kein Linienrichter, der lediglich über die Einhaltung der Regeln des Binnenmarktes wacht: Sie muss der Spielleiter sein, der Vordenker, die Triebkraft. Der Rat ist nicht nur das Spielfeld für nationale Interessen, so gerechtfertigt sie auch sein mögen, sondern eine Schmiede des Einvernehmens. Der Platz des Parlaments ist nicht in den Zuschauerrängen: es ist kein Zuschauer, es ist ein bevorrechtigter Akteur, denn es ist durch allgemeine Wahl legitimiert. Sie werden mich entsprechend oft in Ihren Sitzungen sehen, in Ihren Büros, in Ihren Brüsseler und Straßburger Korridoren. Ich spreche für mich, ich spreche für meine Minister und für alle, die im Dienst der Präsidentschaft stehen, also in Ihrem Dienst.

Gemeinsam werden wir dafür Sorge tragen, dass die **Ratifizierung** des **neuen Verfassungsvertrags** unter guten Bedingungen erfolgt. Sicherlich ist der Verfassungsentwurf nichtmakellos. Aber vergleichen wir ihn nicht mit einem Ideal. Messen wir ihn lieber am Maßstab dessen, was Europa braucht, um morgen ein Beispiel für die Welt zu bleiben. Tun wir heute, was getan werden muss, damit dies morgen der Fall sein wird und ratifizieren wir den Vertrag. Behalten wir stets im Auge, dass der Vertrag eine Hülle darstellt, die politisch weder links noch rechts

orientiert ist. Sein Inhalt wird das Ergebnis unserer Überzeugungen, unseres Willens, unserer Bestrebungen sein. Sind unser Wille und unsere Bestrebungen ausgereift, wird die Anwendung des theoretischer Hinsicht womöglich unausgereiften neuen Vertrages in der Praxiswahrscheinlich große Erfolge kennen.

Die Ratifizierung des Vertrages wird nicht überall leicht vonstatten gehen. In diesem Zusammenhang habe ich eine Hauptsorge: nehmen wir nicht die Schwierigkeiten, die sich bei den Ratifizierungen durch die Parlamente und Referenden ergeben können, zum Vorwand, um unser Handlungstempo und unseren Entscheidungselan zu bremsen. Verschieben wir nicht die schwierigsten Entscheidungen auf die Zeit nach dem ersten Referendum, dann auf die Zeit nach dem zweiten, danach auf die Zeit nach dem dritten Referendum usw. Zum Zeitpunkt, an dem wir die Völker und Parlamente Europas um ihre Zustimmung bitten, sollten wir ihnen beweisen, dass Europa funktioniert, dass Europa vorankommt, Entscheidungen trifft und seine Verantwortung wahrnimmt. Das starke Handeln der Europäischen Union kann die Überzeugungen derjenigen, die zweifeln, gewinnen, seine zeitweise Untätigkeit kann jene zum Zweifeln bringen, die bisher keine Zweifel hatten.

Herr Präsident,

Der für gewöhnlich festliche Charakter der Amtsübernahme der neuen Präsidentschaft wurde in diesem Jahr durch die tragische **Flutkatastrophe in Südostasien** verdüstert. Die furchtbar erschütternden Bilder der Toten, Verletzten und der Zerstörungen legten sich wie ein riesiger Schatten über den Jahreswechsel 2004/2005. Dieses Drama wird uns lange in Erinnerung bleiben und ich möchte, dass wir über die Soforthilfe hinaus auf lange Sicht mit den gepeinigten Völkern und den verwüsteten Gebieten in Asien solidarisch bleiben. Ich würde mir ebenfalls wünschen, dass wir unser Bewusstsein mehr dafür schärfen, damit das Elend, welches wir heute in Asien sehen, uns nicht die Armut, die Unterentwicklung, den Hunger und ungerechten Tod andernorts vergessen lässt. Unsere Herzen müssen dort sein, wo die Fernsehkameras nicht mehr oder nie gewesen sind.

Herr Präsident,

Die gemeinsame Sicherheitsstrategie fordert uns in der Tat dazu auf, Frieden, Demokratie und Fortschritt zu fördern durch die Bekämpfung der tiefen Ursachen der Unsicherheit in der Welt.

Die kohärente und integrierte Anwendung der Gesamtheit der Instrumente, die der Union zur Verfügung stehen, wird ganz besonders erforderlich sein in den westlichen Balkanstaaten, im Nahen Osten, bei unseren Beziehungen mit Russland und der Ukraine, als auch auf dem Gebiet der transatlantischen Beziehungen.

Die Balkanstaaten: die Zukunft dieser Region, die noch immer durch ihre jüngste Vergangenheit traumatisiert ist, muss mit den Perspektiven Europas verbunden sein. Die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien im März 2005, sobald dessen uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien erwiesen ist, wird allen Balkanstaaten zeigen, dass ihre Demokratisierungsbemühungen belohnt werden und sich auszahlen werden.

Für die anderen Länder der Region wird der allgemeine Rahmen der Tätigkeit der Europäischen Union durch die Agenda von Thessaloniki aufgezeigt, welche die europäische Perspektive, die sich den westlichen Balkanstaaten bietet, beschreibt. Der luxemburgische Vorsitz wird die Verhandlungen mit Albanien über ein Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen fortführen. Ein anderer wesentlicher Termin Mitte 2005: die Prüfung der Politik der Standards im Kosovo. Wir werden der Entwicklung im Kosovo besondere Aufmerksamkeit widmen. Ich bin davon überzeugt, dass dessen Zukunft in der Europäischen Union liegt, unabhängig von seinem Statut.

Russland: Die Russische Föderation ist ein strategischer Partner der Europäischen Union und bleibt ein Hauptakteur der Sicherheit und Stabilität in Europa. Nun, der Stand unserer Beziehungen mit unserem russischen Nachbarn ist gegenwärtig unbefriedigend. Ich werde mein Möglichstes tun, um dem Abhilfe zu schaffen, ohne allerdings auf unsere wesentlichen Forderungen zu verzichten. Während des

Gipfeltreffens EU-Russland am kommenden 10. Mai in Moskau 2005 wird sich der Vorsitz bemühen, zu einem ausgewogenen Paket über die vier gemeinsamen Räumen zu gelangen, die auf dem Gipfeltreffen von Sankt-Petersburg im Mai 2003 festgelegt wurden und die auf gemeinsame Werte und Interessen gründen.

Ukraine: Die Europäische Union wird enge Beziehungen mit dem neuen Präsidenten der Ukraine herstellen, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung der europäischen Nachbarschaftspolitik. Es ist voll und ganz in unserem Interesse, eine stabile und prosperierende Ukraine als Nachbarn zu haben, eine fest in der Demokratie verwurzelte Ukraine, eine Ukraine, die sich für den Weg der Modernisierung entschieden hat. Der Vorsitz wird sich gewissenhaft der Vorbereitung des Gipfeltreffens zwischen der Union und der Ukraine widmen, der unter britischem Vorsitz vorgesehen ist.

Die transatlantischen Beziehungen: Die Welt und deren Stabilität brauchen eine funktionierende transatlantische Partnerschaft. Die gegenwärtigen transatlantischen Beziehungen sind weder schlecht noch ausgezeichnet. Doch eigentlich ist ihr Status quo keine Option, die den bestehenden Erwartungen beiderseits des Atlantiks entspricht. Daher sollte die Qualität unserer Beziehungen verbessert werden, im gut verstandenen Interesse beider Seiten. Dies werden wir auf den zwei Gipfeltreffen tun, die wir mit Präsident Bush haben werden, das erste im Februar auf Bitte des amerikanischen Präsidenten, das zweite im Juni. Wir werden uns nicht auf die Meinungsverschiedenheiten konzentrieren, die einige unter uns eventuell mit den Vereinigten Staaten in der jüngsten Vergangenheit hatten, sondern wir werden versuchen, uns über eine Reihe von konkreten Fragen zu einigen, auf die wir konkrete Antworten geben müssen. Die transatlantischen Beziehungen wären unvollständig ohne Kanada. Ich freue mich, dass wir mit Kanada während meines Vorsitzes ein Gipfeltreffen haben werden, auf dem wir freundschaftlich über alle Fragen von gegenseitigem Interesse diskutieren werden.

Ich habe im Übrigen die Freude, hier die ein Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und Japan während der luxemburgischen Präsidentschaft bekannt geben zu können.

Schließlich möchte ich ein paar Worte zum Nahen Osten sagen. Mit der Wahl von Präsident Abbas am 9. Januar an die Spitze der Palästinensischen Autonomiebehörde und mit der Aussicht auf den israelischen Rückzug aus dem Gaza-Streifen hat sich ein Opportunität eröffnet, den Friedensprozess neu zu beleben und die Road map beschleunigt umzusetzen . Es kommt jetzt darauf an, diese Chance zu ergreifen. In diesem Zusammenhang möchte ich meine Freude über die Nahostkonferenz , die für März 2005 in London geplant ist, zum Ausdruck bringen. Sie wird einen wesentlichen Schritt zur Konsolidierung des Friedensprozesses darstellen.

Der Erweiterungsprozess der Europäischen Union unter luxemburgischem Vorsitz erfolgt im Geiste der vom Europäischen Rat im letzten Dezember getroffenen Entscheidungen. Wir werden die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien im März aufnehmen. Was Bulgarien und Rumänien anbelangt, so hoffe ich, das Europäische Parlament wird im April seine Zustimmung zum Beitritt dieser beiden Länder äußern und uns somit gestatten, die Beitrittsverträge im selben Monat zu unterzeichnen.

Herr Präsident,

Es wird uns nicht gelingen, den Bürgern die Europäische Union näher zu bringen, sollten wir nicht in der Lage sein , deren gerechtfertigte Erwartungen **auf dem Gebiet der inneren Sicherheit** zu erfüllen.

Der neue Verfassungsvertrag zeigt den Weg in Richtung endgültiger Abschaffung der Ausnahme „Justiz - Innere Angelegenheiten“ auf, d.h. die vollständige Integration in den europäischen Aufbau durch die ausnahmslose Anwendung der Gemeinschaftsmethode.

Unter luxemburgischem Vorsitz werden sich alle Arbeiten zu „Justiz - Innere Angelegenheiten“ in diese Perspektive einordnen. Unsere Arbeitsgrundlage wird das ausgezeichnete „Haager Programm“ sein, das vom Europäischen Rat im letzten November beschlossen wurde.

Um die Schaffung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu gewährleisten, müssen wir „europäisch denken“ bevor wir „national denken“. Wir müssen die schnelle Entwicklung einer europäischen Sicherheitskultur fördern. Diese Forderung gilt vor allem für die Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität. Den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts voranzutreiben ist aus unserer Sicht ein essentielles, ich würde gar sagen, existentielles Projekt.

Zunächst muss die operationelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten optimiert werden. Wir müssen z.B. einen schnellen und reibungslosen Informationsaustausch zwischen den Polizei- und Justizbehörden der Mitgliedsstaaten ermöglichen. Dieses „Bereitschaftsprinzip“ wird einen bedeutsamen Fortschritt bei der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden darstellen. Der luxemburgische Vorsitz wird unverzüglich die diesbezüglichen Arbeiten in Angriff nehmen.

Der Vorsitz strebt ebenfalls die Festigung des europäischen Rechtsraumes an, der sich auf die gegenseitige Ankerkennung und Annäherung der Gesetzgebungen stützt. Wir werden insbesondere dafür Sorge tragen, dass die Verhandlungen über das europäische Mandat zur Beweisanordnung als auch jene über die mögliche Aufstellung eines europäischen Strafregisters Fortschritte erzielt werden. Die europäische Sicherheit wird dadurch gestärkt werden. Und dies nicht zu Lasten der Grundrechte, die ein Bestandteil der Art und Weise des europäischen Zusammenlebens sind.

Der Kampf gegen den Terrorismus muss eine ständige Priorität sein. Ich begrüße in diesem Zusammenhang die spanische Initiative, für März eine Sitzung der Staats- und Regierungschefs in Madrid einzuberufen. Der luxemburgische Vorsitz wird besonderes Augenmerk auf den Kampf gegen die Finanzierung des Terrorismus richten.

Hinsichtlich des Bereiches Asyl und Einwanderung wird sich der Vorsitz auf drei Punkte konzentrieren: die Verstärkung der Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern; die Verwirklichung eines abgestimmten Herangehens auf dem Gebiet

der Rückkehr- und Rückübernahmepolitik; und am 1. Mai der Beginn der Arbeiten der europäischen Agentur zur Abwicklung der operationellen Zusammenarbeit an den Außengrenzen.

Herr Präsident,

Wir beziehen uns oft und zu Recht auf das Europa der Bürger. Wir dürfen uns allerdings keine Illusionen machen: Wenn es uns nicht gelingt, aus der Europäischen Union einen Raum der Arbeit und des Wohlstandes für alle zu machen, werden sich die Bürger von Europa entfernen, von seiner Union und dem ihr zugrunde liegenden politischen Projekt.

Um dies zu vermeiden und um Europa seinen wirtschaftlichen und sozialen Platz zurückzugeben, haben wir vor nunmehr fast fünf Jahren die Lissabonner Strategie auf den Weg gebracht. Wir wollten – und wollen nach wie vor – aus der Europäischen Union die wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaft machen. Eine Volkswirtschaft diezu dauerhaftem Wirtschaftswachstum fähig ist, welches mit einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der Beschäftigungsqualität einhergeht, eine Volkswirtschaft die größeren sozialen Zusammenhalt hervorbringt, eine Wirtschaft, die die Umwelt und die natürlichen Ressourcen schohnt.

Nach fünf Jahren mäßigen Erfolgs ist der Zeitpunkt gekommen, Bilanz zu ziehen. Wir werden dies anlässlich des Europäischen Rates im Frühjahr tun.

✚ Es geht zunächst darum, die Zielsetzung unserer gewünschten Strategie klarzustellen

Die Lissabonner Strategie - eine völlig unverständliche Bezeichnung für die meisten - ist in Wirklichkeit eine Strategie für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, sozialen Zusammenhalt und Umweltschutz. Es geht darum, solide Grundlagen für den dauerhaften Wohlstand der Europäer zu schaffen. Es geht darum, heute zu handeln, um künftig den Zugang aller zum europäischen Gesellschaftsmodell zu gewährleisten, das nicht zum Mythos verkommen soll, sondern eine Realität für alle

bleiben bzw. aufs Neue werden soll. Wenn wir ein funktionierendes europäisches Gesellschaftsmodell sicherstellen wollen, müssen wir es reformieren, damit es Antworten auf die Wachstumskrise, auf die Unterbeschäftigung, auf die Schwächung des sozialen Gefüges, den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität, die schwächer werdende Bevölkerungsentwicklung und das Altern der Bevölkerung liefern kann. Es stimmt, die Europäer mögen keine Reformen. Diese verängstigen sie. Sie begreifen deren Begründetheit nicht. Wir müssen sie also davon überzeugen, dass die von uns angestrebten Reformen darauf abzielen, das Überleben und die Lebensfähigkeit des europäischen Gesellschaftsmodells zu garantieren. Wir müssen sie davon überzeugen, dass aufgeschobene Reformen uns am teuersten zu stehen kommen. Wir müssen ihnen beweisen, dass wir Recht haben zu handeln und dass wir im Unrecht wären, wenn wir tatenlos blieben. Europa muss wieder in Schwung gebracht werden.

✚ Weiterhin geht es darum, zum Zeitpunkt, an dem wir die vorläufige Bilanz unserer Strategie ziehen, ihre drei Dimensionen als Einheit beizubehalten: die wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Dimension.

Ich weiß sehr wohl, dass Europa ein Wettbewerbsproblem hat, welches zum großen Teil seine mittelmäßige Wachstums- und Beschäftigungsleistung erklärt. Ja, die Wettbewerbsfähigkeit muss verstärkt werden. Aber diese ist kein Selbstzweck, eine neutrale Leistung, die sich selbst genügt. Nein, die wieder erlangte Wettbewerbsfähigkeit, die es uns ermöglichen muss, ein stärkeres und dauerhafteres Wachstum zu realisieren, muss einen größeren sozialen Zusammenhalt und eine harmonisch ausgewogenere Umwelt zum Ziel haben. Beginnen wir um Himmels Willen keine fruchtlose Debatte über die Frage, ob wir mehr Wettbewerbsfähigkeit brauchen und demzufolge weniger sozialen Zusammenhalt oder aber größeren sozialen Zusammenhalt und weniger Umweltpolitik. Will Europa stark sein, braucht es drei Dinge, drei Dinge, die zusammengehören: eine bessere Wettbewerbsfähigkeit, größeren sozialen Zusammenhalt und ein ausgewogeneres ökologisches Umfeld. Ich sage ja zur Wettbewerbsfähigkeit, ich sage nein zur Aufgabe unserer sozialen und ökologischen Bestrebungen. Ich sage ja zur Öffnung

des Dienstleistungsmarktes. Ich sage nein zum Sozialdumping, das manche damit verbinden wollen.

- ✚ Schließlich geht es darum, Überlegungen über die geeignete Methode anzustellen, damit der Erfolg der Strategie gewährleistet wird.

Nach fünf Jahren des Schwankens zwischen Erfolgen und Misserfolgen stellt sich nicht so sehr die Frage, was wir tun müssen – das wissen wir in der Tat - , sondern vielmehr, wie wir vorgehen müssen, um das zu tun was wir tun müssen. Wir müssen den europäischen Raum des Wissens schaffen, die Forschung vorantreiben, unsere Bildungssysteme verbessern, besser Lebenslang lernen. Wir müssen es tun. Aber wie?

Wir haben eine zu große Anzahl an Prozessen. Wir haben die Hauptorientierungen der Wirtschaftspolitik, die Richtlinien für Beschäftigung, die Strategie für nachhaltige Entwicklung, die Strategie des Binnenmarktes, die Charta über die kleinen und mittleren Unternehmen, den Köln-Prozess, den Cardiff-Prozess und so weiter. All diese Prozesse sind oft in bürokratischen Verfahren stecken geblieben, die uns nicht voranbringen. Die Europäische Union gleicht eher einem Projektierungsbüro, einem ungenutzten Projektierungsbüro, als einem think tank von anwendbaren und angewandten Ideen. Dies müssen wir ändern, indem wir unsere Strategie rationalisieren.

- Unsere Strategie ist im Wesentlichen europäisch, ihre Anwendung muss aber in erster Linie rational sein.

Wir hätten gerne, dass die Strategie im Wesentlichen europäisch bleibt. Sie muss regelmäßig alle zwei oder besser alle drei Jahre überarbeitet werden. Man kann nicht jedes halbe Jahr die Strategie ändern , von einem Europäischen Rat zum nächsten, abhängig vom Gerätewohl und der jeweiligen Inspirationen der Präsidentschaften. Die Strategie muss vielmehr auf Dauer ausgerichtet sein.

Wir wollen, dass die nationale Umsetzung beschleunigt und konzentriert wird. Wir würden vorschlagen, dass die Mitgliedsstaaten nationale Aktionsprogramme erarbeiten, welche in Abstimmung mit den Sozialpartnern konzipiert und den nationalen Parlamenten vorgelegt werden sollten. Letztere würden, in Zusammenarbeit mit den gemeinschaftlichen Instanzen, über deren Umsetzung wachen. Diese nationalen Programme würden den nationalen und regionalen Besonderheiten Rechnung tragen und müssten es ermöglichen, das Tempo und die Intensität der jeweiligen nationalen Reformen zu differenzieren, wodurch das bereits erreichte Leistungsniveau besser berücksichtigt werden würde.

Dies zur Strategie und und ihrer Anwendungsmethode. Wir werden darüber noch im Detail diskutieren: Sie – das Parlament, wir – der Rat und wir beide zusammen mit der Kommission, die uns demnächst ihren zusammenfassenden Bericht vorstellen wird.

Herr Präsident,

Meine Damen und Herren,

Die teilweise Neuausrichtung der Lissabonner Strategie veranlasst uns ebenfalls zu Überlegungen über den **Stabilitäts- und Wachstumspakt**. Wir haben seine erneute Prüfung unter niederländischem Vorsitz begonnen und wollen diese unter luxemburgischem Vorsitz zum Abschluss bringen.

Wir werden den Pakt reformieren. Oder vielmehr: wir werden seine Anwendung anpassen. Lassen Sie mich dies erklären.

Ich werde Ihnen als erstes sagen, was wir nicht tun werden.

Die Wirtschafts- und Währungsunion braucht Stabilität. Demzufolge werden wir die Stabilität weder aus unserem Wortschatz streichen noch aus unserer Praxis. Stabilität ist Bestandteil des Gründungsvertrages, auf dem der Euro beruht. Wir haben eine stabile Währung versprochen. Die Währung wird stabil und stark bleiben.

Daraus folgt – ich möchte dies ohne Umschweife sagen – dass der Vorsitz nicht vorschlagen wird, gewisse Kategorien von Budgetären Ausgaben von der Anwendung des Paktes auszunehmen oder freizustellen.

Daraus ergibt sich, dass die Hauptkriterien – 3 % Defizit, 60 % Staatsschulden – bleiben werden.

Doch aus meiner Sicht ist es klar, dass sich Veränderungen aufdrängen. Sie drängen sich insbesondere auf, damit der Pakt besser dem Konjunkturzyklus Rechnung tragen kann.

In Zeiten starken Wachstums müssen die Mitgliedsstaaten der Eurozone dazu gezwungen werden, ihre Budgetüberschüsse prioritär zur Reduktion des Defizites und der Staatsverschuldung zu verwenden

In Zeiten schwachen Wachstums hingegen müssen die Mitgliedsstaaten über reaktionsfähigere Haushaltsmargen verfügen. Diese Haushaltsmargen werden umso größer sein, je konsequenter die Bemühungen um eine Reduzierung der Staatsverschuldung und des Defizits in Zeiten des Wirtschaftswachstums gewesen waren.

Wenn in Zeiten schwachen Wachstums ein Staat in eine Situation des Haushaltsdefizits gerät, werden diese Situation sowie die daraus resultierenden Schlussfolgerungen an Hand von objektiven Bewertungskriterien beurteilt werden. Es müssen willkürliche politische Urteile vermieden werden, die Gefahr laufen, zu unterschiedlichen Bewertungen zu führen, je nachdem, ob es sich um große oder kleine Mitgliedsstaaten handelt.

Lassen Sie uns eine ruhige Debatte über die Reform des Paktes führen. Ich warne vor Extrem Lösungen: Ich sage nein zu jenen, die die Stabilität durch grenzen- und schrankenlose Flexibilität ersetzen wollen, ich sage nein zu jenen, die den Pakt, so wie er ist, zu einem unerschütterlichen Dogma erheben wollen. Wir brauchen mehr Stabilität und mehr Flexibilität je nach Zeitpunkt des Konjunkturzyklus.

Herr Präsident,

Sie wären wahrscheinlich überrascht, würde ich nicht die uns bevorstehende lange Debatte über die **finanzielle Vorausschau** erwähnen.

Ich werde hier an dieser Stelle nicht die Grundelemente dieses schwierigen Dossiers analysieren. Diese beherrschen Sie besser als ich.

Ich möchte Ihnen lediglich folgendes sagen:

Wir werden alles in unseren Kräften stehende tun, damit vor Ende Juni eine Übereinkunft über die finanzielle Vorausschau erzielt wird. Ich mache mir jedoch keine Illusionen: Die Mitgliedsstaaten haben sich auf derart strikte und feststehende Positionen versteift, dass es ihnen schwer fallen wird, diese zu gegebener Zeit aufzugeben. Und die gegebene Zeit ist gekommen jetzt. Wenn es uns nicht gelingt, uns unter luxemburgischem Vorsitz auf eine gemeinsame Position zu einigen, werden wir am 1. Januar 2007 legislativ und technisch gesehen nicht in der Lage sein, den Herausforderungen der erweiterten Europäischen Union zu begegnen. Dementsprechend hat keine Institution und kein Mitgliedsstaat ein Interesse daran, auf einen Aufschub hinzuarbeiten. Sollte bis Juni keine Übereinkunft erzielt werden, ist dies keine Niederlage für die Präsidentschaft. Es wird die Niederlage Europas sein. Also entscheiden wir, entscheiden wir schnell, entscheiden wir jetzt. Ersparen wir Europa eine lange Debatte, die sich über 18 Monate hinziehen wird, die die Streitpunkte vervielfachen und Konflikte schüren wird.

Ich zähle auf Ihr Parlament, um die Entscheidungsprozedur über die finanzielle Vorausschau voranzubringen. Wir werden mit Ihnen arbeiten, denn Ihre Zustimmung ist notwendig. Sie werden nicht vor vollendete Tatsachen gestellt, das garantiere ich.

Herr Präsident, das ist im Wesentlichen das Programm der Präsidentschaft.

Die Präsidentschaften gehen vorbei, doch Europa bleibt. Wir wollen ihm dienen mit Entschlossenheit und Leidenschaft, mit der Entschlossenheit und mit der Leidenschaft, die große Entfernungen und große Bestrebungen erforderlich machen.